

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
6.36 Belegabgabe, beim eigenen Postamt bestellt. — Wird
in Deutschland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.) Preis der
Eingangsnummer 10 Wfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 10 Wfg. in
Reklame 30 Wfg. Beilagen unter 25 4 je tausend 15 Wfg.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 74.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Freitag, den 28. März 1930.

12. Jahrgang.

Alle die Riesen sind nur Zwerge,
Alle die Herrn nur arme Knechte;
Ob sie gleich den Frevel wollen,
Züchtern müssen sie das Recht;
Dienen müssen sie der Ordnung,
Ob sie gleich das Böse treiben,
Denn unsterblich ist das Gute,
Und das Recht muß Gottes bleiben.

Fr. W. Weber.

Lenin und die Religion.

Von Pfarrer M. Knolle, Norwawes.

„Mit der administrativen Schließung der Kirchen, die unter dem Deckmantel des freiwilligen Wunsches der Bevölkerung geschieht, ist ein Ende zu machen. Die Schließung der Kirchen ist nur zugefassen, falls die erdrückende Mehrheit der Bauern dies wünscht, und auch dann nur nach Bestätigung der Beschlüsse der Dorfversammlungen durch die Volksräte. Bei Ergehen in Bezug auf die religiösen Gefühle der Bauern und der Bäuerinnen sind die Schuldigen zur strengsten Verantwortung zu ziehen!“

So lautet die Parole in Rußland jetzt, nachdem man ein paar Tage vorher verkündet hatte, es gäbe in Rußland überhaupt keine Bekämpfung des Christentums. Seitdem geht es wie ein Aufatmen durch die christliche Presse, vielleicht schwilt sogar hier und da die Brust bei dieser Erkenntnis, daß das Christentum also doch noch eine Macht ist, daß die Stimme des Christentums also doch noch gehört wird. Schon lange war das nicht mehr geschehen, um so freudiger erstaunt hört man jetzt diese neue Meldung. Aber gerade diese ehrliche und zum Teil berechnete Freude zeigt nur, wie wenig man die Grundlinien der Politik Lenins kennt. Denn diese neue Maßnahme Stalins geschah weniger aus Furcht vor den europäischen Mächten, weniger aus Furcht vor einem etwaigen Einschreiten der Regierungen, sondern sie ist der Rückweg zu Lenins Programm. Stalins Maßnahme ist der Sieg der leninistischen Methode des Religionskampfes über die anarchistische Methode der unpolitischen denkenden Volksmasse. Zur Klärung der Situation ist es ratsam, Lenins Stellung zur Religion und sein Programm des Kampfes gegen die Religion zu betrachten, es könnte immerhin sein, daß damit auch eine Reihe von innerpolitischen Ereignissen im Reich in ein Licht gerückt wird, daß uns alle Freude an den (wie die Presse sagt:) mißglückten Aufrehrversuchen der Kommunisten in den letzten Monaten vergeht. Lenin hat sich nicht grundsätzlich in irgendeinem seiner Werke mit der Religion auseinandergesetzt, die hier erwähnten Zitate entstammen Briefen, Vorträgen und kleinen Aufsätzen.

Im Gegensatz zum heutigen abendländischen Sozialismus, der sich durchaus nicht mehr so restlos zum materialistischen Marxismus bekennt, folgt Lenin bewußt den Lehren Karl Marx. Dessen Grundthese bereift der Religion: „Religion ist Opium für das Volk“, hat er sich ganz zu eigen gemacht. Als radikaler Marxist betrachtet er „alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die zum Schutze der Ausbeutung und Betäubung der Arbeiterklasse dienen“. Nichts anderes ist für Lenin die Religion, als Umnebelung und bewußte Verblöndung des Volkes. „Die Wurzeln der Religion sind in den modernen Ländern hauptsächlich sozialer Natur.“ „Die Furcht hat die Götter erzeugt, die Furcht vor der blinden Macht des Kapitals.“ Mit anderen Worten: „Die Herrschaft des Kapitals ist im heutigen Abendland die Wurzel der Religion.“ Mit der Herrschaft des Kapitals fällt darum auch die Furcht, d. h. die Wurzel der Religion, und umgekehrt: Der Kampf gegen die Religion ist zugleich auch ein Kampf gegen den Kapitalismus.

Von hier aus wird nun bei Lenin der Kampf gegen die Religion proklamiert, gegen alle Arten der Religion. Darum muß die Religion „zur Privatsache werden“. Es wäre nun grundsätzlich, wollte man glauben, daß damit von Lenin das alte Ideal der Toleranz neu aufgestellt werde. Im Gegensatz zum heutigen Sozialismus will Lenin diesen Satz aufgefaßt wissen als die erste Etappe im Kampf gegen die Religion. Darum soll die Religion nur in Bezug auf den Staat Privatsache des einzelnen Menschen sein, „in Bezug auf die Partei des sozialistischen Proletariats ist die Religion keine Privatsache“. Lenin sagt: „Wir fordern die vollständige Trennung der Kirche vom Staat, um den Kampf gegen den religiösen Nebel mit rein geistigen und nur mit geistigen Waffen kämpfen zu können. Aber wir haben unseren Bund, die Sozial-

istische Arbeiterpartei unter anderem gerade für einen solchen Kampf gegen jede religiöse Verblöndung der Arbeiter gegründet. Für uns ist der geistige Kampf keine Privatsache, sondern eine Angelegenheit der ganzen Partei, des gesamten Proletariats.“ Dem deutschen wie dem ganzen westländischen Sozialismus wirft Lenin vor, daß man sich durch die Ausbeutung des marxistischen Satzes „Religion ist Privatsache“ auch auf die eigene Partei, am Geiste des Urhebers verblöndigt und damit aller religiösen „Infektion“ wieder die Tür geöffnet habe.

Wenn nun Lenin den Kampf gegen die Religion auf „rein geistige Waffen“ beschränkt wissen will, so ist das bei ihm auch nicht zu verstehen als wohlwollende Menschlichkeit, sondern er hat sehr richtig erkannt, daß man eine solche Macht wie das Christentum durch gewaltsamen Kampf niemals schädigt, sondern nur stärkt, daß alles Martyrium der christlichen Sache dient und die atheistische Propaganda schädigt. Unter Berufung auf ein Wort von Engels sagt er: „Der Religion den Krieg ansagen heißt, „Bismarck überbismarcken“, d. h. die Dummheit des Bismarckschen Kampfes gegen die Klerikalen wiederholen“. Jede lärmende Kriegserklärung an die Religion ist nach Lenin eine Dummheit, denn sie ist das beste Mittel, das Interesse für die Religion neu zu beleben und das tatsächliche Aussterben der Religion zu erschweren. Lenin erklärt selbst, daß es grundsätzlich wäre, wollte man glauben, daß diese scheinbare Mäßigung in der Anwendung des marxistischen Prinzips ihre Erklärung finde in sogenannten „taktischen“ Erwägungen im Sinne des Wunsches, „nicht abzuschrecken“. Für Lenin heißt nur diese Art des Kampfes wirkliche Abwehr. Langsam, aber ständig soll man die Arbeiter und die Bauern überzeugen, durch Flugblätter, durch Vorträge, durch Feiern. So lange sollen die Massen bearbeitet werden, bis ihr Interesse für die Religion von selbst absterbt. Das ist nicht Gleichgültigkeit, sondern die letzte Energie.

So verurteilt Lenin nicht nur den offenen gewaltsamen Ausbruch des Kampfes, sondern er sieht in jedem, der den Kampf gewaltsam führt, einen Gegner der eigenen Methode, einen Gegner des Kommunismus.

Wenn Lenin die Religion bekämpft, so ist dabei nicht allein an die christlichen Konfessionen gedacht. Mit der gleichen Schärfe wendet er sich gegen jeden Versuch, irgendwie religiöse Gedanken und Bestrebungen in das Volk zu bringen, gleich, von wem sie kommen. Darum wendet er sich seinerzeit gegen A. Drexler, als die-

fer in zwar flachen, aber für seine Zeit wirksamen aufklärerischen Ideen eine neue Art von Religion zu verkünden sucht. In dieser Form der Scheinreligion sieht Lenin keineswegs einen Bundesgenossen, sondern eine feinere, aber auch raffiniertere und gemeinere Methode der Umnebelung des Proletariats. Ebenso bekämpft er den „bürgerlichen Monismus“ als Beschwindelungsversuch der arbeitenden Massen. Als M. Gorki im Jahre 1913 für eine Religion des Sozialismus eintritt, als man in Rußland zu sagen pflegte: „Der Sozialismus ist meine Religion“, wettet Lenin dagegen. Als Gorki einmal in einem Aufsatz gesagt hatte: „Die Götter sucht man nicht — man schafft sie“, da muß er von Lenin hören: „Gottsucherei unterscheidet sich vom Gottkonstruieren oder Gottschaffen oder Gotterzeugen keineswegs mehr, als ein gelber Teufel sich von einem blauen Teufel unterscheidet.“ „Gerade, weil jede religiöse Idee, jede Idee von jedem Gott, ja, sogar das Konstruieren mit einem Gott unaussprechliche Gemeinheit ist, müssen wir diese als die gefährlichste Infektion betrachten.“ Darum fordert Lenin das Abtun jedes religiösen Gedankens, des primitivsten, wie des feinsten, des orthodoxen wie des liberalsten, und zugleich verlangt er dabei doch, daß nirgendwo der Kampf und das Abtun mit Gewalt betrieben werde. Hier wird es deutlich werden, wie in dem oben erwähnten Erlaß Lenins Stimme spricht, wie aber zugleich der Kampf dadurch nicht harmloser, sondern weit gefährlicher wird, denn dieser Wille Lenins geht aufs Ganze. Wenn man als denkender Christ auch fragt nach den Motiven dieses glühenden Hasses, wenn man auch vieles in diesem Haß aus den russischen, auch den russischen religiösen Zuständen vor der Revolution zu verstehen sucht, so wird man sich doch des Eindruckes nicht erwehren können, den ein Wort des neuen Testaments hervorruft, das Wort, das die Schrift nach dem Abgang des Judas aus der Schar sagt: „... und es ward Nacht!“

Die Not der Weinbauern.

Ein Vorschlag der Abhilfe von einem Aufwärtsleser im Weinbaugebiet.

Ueber die Not der Weinbauern braucht man kein Wort zu verlieren, sie ist wirklich groß und die Leute sind sehr zu bedauern. Die Gründe dafür liegen einestheils in der schlechten wirtschaftlichen Lage, da sehr viele sich ein-

Italien - Frankreich.

Ueber das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich, das durch den Verlauf der Londoner Flottenkonferenz eine nicht unerhebliche Verschärfung erfahren hat, gibt der Leitartikel des „Corriere della Sera“ vom 21. März einen sehr lehrreichen Aufschluß. In diesem Aufsatz heißt es unter anderem:

Die Paritätsfrage zwischen Italien und Frankreich ist bisher nicht vom Fleck gekommen. Der französische Widerstand gegen einen so billigen Grundsatze, der übrigens schon früher in Washington feierlich aufgestellt worden ist, ist nicht nur nicht geringer geworden, sondern nimmt offenbar immer mehr einen heftigen Charakter an. Und diese Heftigkeit wäre noch nicht das Schlimmste. Aber die Pariser Presse scheint sich nicht in ihrer Sekundantenhaltung für die schon so wenig sympathische Aktion ihrer Regierung zu ganz eindeutig unlauteren Mitteln zu greifen. Man begreift natürlich, daß die französischen Journalisten die Thesen der verantwortlichen Vertreter ihres Landes unterstützen; aber man begreift doch nicht, daß sie dabei auf die anständige Polemik verzichten, bewußt Tatsachen umschreiben, sich angebliche Informationen aus den Fingern saugen und so nur eine ganz trübe Quelle verlogener Tendenzmeldungen schaffen. Die französischen Zeitungen und ihre Mitarbeiter täuschen nach einem genau aufgestellten, abgefeimten Plane ihre Leser, um sie glauben zu machen, es sei die Schuld Italiens, wenn die Londoner Konferenz zu keinem Ergebnis gelangt und wenn statt einer Begrenzung der Seerüstungen ein neues Wettrüsten in kostspieligsten Schiffneubauten droht. Es hat nicht genügt, daß Italien wiederholt und entschieden sich bereit erklärte, seine Rüstungen bis zu der äußersten mit seiner Sicherheit zu vereinbarenden Grenze zu vermindern, einer Grenze, die logischerweise durch die Rüstungen der anderen gegeben wird. Dieses klare Anerbieten ist vergessen worden, oder die französischen Blätter suchen ihre naiven Leser es vergessen zu machen, indem sie auf unseren Paritätsanspruch mit Frankreich

hinweisen und ihn als Hauptfaktor für das Scheitern der Londoner Verhandlungen hinstellen möchten.

Dadurch (gemeint ist die französische Ablehnung des italienischen Vorschlages, sich vor der Londoner Konferenz zu verständigen, um die Arbeit der Konferenz zu erleichtern) wurde der französisch-italienische Zwist in seiner ganzen Schroffheit offenbar, für den aber auch die volle Verantwortung auf Frankreich fallen muß. Um zu einem italienisch-französischen Flotten-Abkommen zu gelangen, mußte man vorher eine entsprechende ganz eindeutig friedliebende Mentalität schaffen; man mußte die Möglichkeit eines Bruderkrieges zwischen den beiden lateinischen Nationen nicht nur für die unmittelbare Zukunft, sondern auch noch darüber hinaus als unmöglich hinstellen. Eine solche Vorbedingung war in dem italienischen Anerbieten, Vorverhandlungen „zu Zweien“ zu eröffnen, enthalten. Frankreich hat aber durch seine Ablehnung mit unfehlbarer, wenn auch vielleicht unbewußter Offenheit kundgetan, daß seine eigentliche Gesinnung sehr anders ist. Und dieser französische Geisteszustand ist dann, wenn es noch nötig gewesen wäre, kurz danach noch in einer offiziellen Note bestätigt worden, in welcher alle jene Staaten aufgeführt wurden, mit denen ein bewaffneter Konflikt a priori ausgeschlossen wird, unter denen Italien aber nicht genannt wurde.

Allerhand Erinnerungen an die Vergangenheit könnten die Franzosen zu der irrthümlichen Auffassung bringen, daß ihre feindselige Haltung uns gegenüber auch fernerhin in gewissen ernstesten Zeitläuften von uns rasch wieder vergessen werden könnte. Das würde aber eine Illusion sein. Die geschichtlichen Vorgänge und die internationale Lage sind niemals die gleichen. Die Behandlung, welche die benachbarte Republik seit 1919 uns hat angedeihen lassen, ist für uns eine so wertvolle Lehre, daß wir sie nicht vergessen könnten, auch wenn wir das wollten.

...der ...
...der ...
...der ...

Rückkehr Briands nach London.

Vermittlungsvorschlag Amerikas: Hinführung zur Verständigung im Konfliktfall.

— London, 27. März.

Die Londoner Flottenkonferenz hat eine „Wiederbelebung“ erfahren. Am heutigen Donnerstag treten die Führer der Delegationen nach der Rückkehr des französischen Außenministers Briand zu einer neuen Sitzung zusammen, der dann im Laufe der nächsten Woche eine neue Vollversammlung der Abordnungen folgen wird. Zurückzuführen ist die neue Wendung auf einen amerikanischen Rettungsversuch.

Staatssekretär Stimson, der Führer der amerikanischen Abordnung, erhielt telegraphisch neue Weisungen des amerikanischen Präsidenten Hoover, in denen er bevollmächtigt wird, unter gewissen Bedingungen über den Beitritt der Vereinigten Staaten zu einem „Konkordatvertrag“ zu verhandeln. Der Vertrag müsse sich aber im Rahmen des Pazifikvertrags halten, dürfe also unter gar keinen Umständen die amerikanische Regierung zu irgendwelchen militärischen Aktionen verpflichten.

Darob Freude in London. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob dieses amerikanische Angebot den Franzosen genügt. Daß die Franzosen auf Grund eines solchen Konkordatvertrags, der die fünf Seemächte verpflichtet, angesichts eines drohenden Krieges theoretische Beratungen über die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens zu führen, zu einer wesentlichen Herabsetzung ihrer Flottenforderung bereit sein werden, ist fast ausgeschlossen. Dagegen ist es wohl möglich, daß durch Verhandlungen über den Konkordatvertrag der Rahmen der fünfjährigen Konferenz gerettet wird. Unter diesen Umständen dürfte Frankreich vielleicht auch bereit sein, dem italienischen Vertragsantrag zuzustimmen.

Keine Flottenhilfe Amerikas.

— Washington, 27. März.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, ließ die Journalisten kommen und erklärte ihnen, daß sich in der Haltung Amerikas gegenüber der Garantie- und Sicherheitsfrage nichts geändert hätte. Amerika würde unter gar keinen Umständen seine Flotte für irgendwelche zukünftige Aktionen verpflichten und keiner fremden Nation eine Hypothek auf seine Flotte geben. Wenn man Amerika fragen würde, ob es einen Konkordatvertrag zu unterzeichnen bereit sei, so hänge das durchaus von den Umständen ab. Grundsätzlich hätte Amerika gegen einen solchen Vertrag in keiner Weise etwas einzuwenden. Dagegen könne Amerika einen Konkordatvertrag nicht unterzeichnen, wenn eine andere Nation der Ansicht sei, daß es nur auf Grund dieser amerikanischen Unterschrift seine Rüstungen herabgesetzt hätte und daher ein moralisches Einrecht auf eine amerikanische militärische Unterstützung hätte.

Die preussische Justizreform.

Landtags-Mitteilung des Staatsministers Schmidt. — Verabschiedung des Fideikommissgesetzes.

— Berlin, den 26. März 1930.

In seiner heutigen Sitzung überwiegt der Preussische Landtag einen Gesetzentwurf, der für Streitigkeiten aus dem Standesherrenrecht die Zuständigkeit des Kammergerichts erklärt, an den Ausschuss. In den Ausschuss verwiesen wurde ferner der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Bielefeld. Endgültig verabschiedet wurde der Gesetzentwurf über die Auflösung der Familienämter, ferner erledigte der Landtag in dritter Lesung die Vorlagen über die Verlängerung der Grundvermögens- und der Hauszinssteuer bis auf die Abkündigungen, die am Freitag stattfinden.

Uedann legte der Landtag die zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung bei Abschnitt „Ministerium und allgemeine Verwaltung“ fort.

Justizminister Dr. Schmidt

leitete die Aussprache mit einem Überblick über die Geschichte seines Ministeriums ein. Während die Strafgerichtsbarkeit etwas zurückgegangen sei, hätten die Zivilprozesse seit 1913 eine Zunahme von 40 Prozent aufzuweisen. Der Minister ging im einzelnen auf die preussischen Vorschläge bei der Reichsregierung ein, die auf eine Verminderung der Ausgaben für die Justizpflege hingen. Diese Vorschläge hätten dem Reichsministerium Anlaß zu einer Gesetzesvorlage gegeben, wonach u. a. die Zuständigkeit der Amtsgerichte erhöht werden soll, wovon man eine Ersparnis von 80 Millionen Reichsmark oder von jährlich fast einer Million Reichsmark erwarte. Ferner soll ein Amtsrichter zugleich bei mehreren Amtsgerichten tätig sein können. An eine Aufhebung kleiner Amtsgerichte sei dabei nicht gedacht. Die Durchführung weiterer Vorschläge würde eine jährliche Ersparnis von 1,4 Millionen Reichsmark zur Folge haben. Verschiedene Anregungen seien von der Reichsregierung jedoch nicht berücksichtigt worden, obwohl sie eine Verminderung der Ausgaben um einige Millionen jährlich mit sich bringen würden.

Der Karte Zukrom zum Justizdienst müsse als bedenklich bezeichnet werden. Die Zahl der Studierenden der Rechtswissenschaften sei gegenüber der Vorkriegszeit um über 100 Prozent gestiegen.

Dem Landtagsbeschluss, der es dem Staatsministerium zur Pflicht mache, leitende Stellen nur mit zuverlässigen Vertretern der republikanischen Verfassung zu besetzen, trage er gern Rechnung, weil er der Überzeugung sei, daß kein geordnetes Staatswesen es zulassen könne, daß die leitenden Stellen im Staatsorganismus mit Beamten besetzt würden, die der bestehenden Staatsform feindselig gegenüberstünden. Die Hauptaufgabe, daß die Parteizugehörigkeit der Beamten keine Rolle spielen darf, müsse unbedingt durchgesetzt werden. Die Beamten der Justizverwaltung seien zu kontrollieren, auf der Stationen benutz. Eine der Höhe einer

Stabilitätsprofessoren ge-
schäft vom Druck und
den im Zug
erenden Beamten
den sein und der
ungeschichte und
Bedeutung erlebt
(Schluß folgt.)

rechnung des nachgewiesenen vorjährigen Gewerbeertrages auf den Gewerbeertrag.

Die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die steuerliche Freilassung der Konsumvereine zu streichen, wurden abgelehnt. Ebenso die übrigen Änderungsanträge.

Der deutschnationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungsstellenbeitrages wurde der Ausschussberatung überwiesen.

Das Haus setzte die Aussprache zum Justizhaushalt fort. Abg. Lohde (Dnt.) erklärte die Tätigkeit der Richter an. Wenn hier und da einmal ein Fehlurteil vorkomme, so ändere das nichts an der Tatsache, daß wir einen ausgezeichneten Richterstand besitzen.

Abg. Nibel-Hulda (Hr.) wies darauf hin, daß im Ausschuss anerkannt sei, in wie vorbildlich sparsamer Weise der Haushalt der Justizverwaltung aufgestellt sei. Nun sei man aber mit der Sparankheit in der Justiz an der äußersten Grenze angelangt.

Abg. Ebner (Komm.) erklärte, alle schönen Reden der Parteien würden nichts daran hindern, daß die Justiz immer schärfer gegen die wertvolle Bevölkerung vorgehen werde.

Weiterberatung Donnerstag 11 Uhr.

Die Regierungspolitik.

Severing spricht im Reichstag über das alte und neue Regime.

— Berlin, den 26. März 1930.

Der Reichstag erledigte heute zunächst ohne wesentliche Aussprache in zweiter und dritter Lesung die Vorlage, wonach die Wahlordnung bis zum 30. September 1931 verlängert werden soll. Der Rotetel für 1930 wurde dem Haushaltsausschuss überwiesen. Es folgte dann die zweite Beratung des

Rachtragshaushalts für 1929.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) protestierte gegen die Anforderung von Mitteln zur Aufklärung des Volkes über das Freiheitsgesetz. Es sei wohl das erste Mal in der Geschichte dieser deutschen Republik, daß man vom Reichstag verlange, er solle Mittel für die Bekämpfung der Opposition bewilligen.

Abg. Dr. Schreiber (Hr.) erklärte, das Zentrum würde jedem Minister scharfe Opposition machen, der Staatsgelder zum Kampf gegen religiöse Einrichtungen verwenden würde. Herr Schulz-Bromberg hatte seine Bemerkungen aber schon vor der Rede zum Reichstag des Reichstages gemacht.

Reichsinnenminister Severing erwiderte auf die Angriffe des Abg. Schulz-Bromberg. Es seien in der Tat 350 000 Mark aus dem Fonds zum Schutz der Republik zur Aufklärung über den Youngplan verwendet worden. Wir hätten, so erklärte der Minister, eine große Pflichtverletzung begangen, wenn wir widerstandslos die Agitation gegen die Reichsregierung hätten ins Land gehen lassen. Der Minister erklärte, Bismarck habe aus Staatsmitteln große Summen zur Bekämpfung der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und Zentrumselemente verwendet. Eine Reihe von weiteren Beispielen bewiese, daß man im Vergleich zum alten Regime dem neuen Regime höchstens den Vorwurf machen könne, daß es zu wenig tue in der Verteidigung.

Abg. Maslowski (Komm.) protestierte gegen die Aufwendungen für die technische Rüstung und für die Heimatdienstzentrale.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnt.) hält den historischen Vergleich des Ministers für völlig verfehlt, weil die frühere Regierung nicht wie die jetzige eine aus Parteien zusammengesetzte parlamentarische war.

Abg. v. Einbecker-Wildau (Deutsch-Nat. Arb.-Gem.) wirft der Regierung vor, daß ihre Agitation gegen das Volksbegehren die Grenzen einer Aufklärungstätigkeit weit überschritten habe.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums wurden genehmigt. Ein demokratischer Antrag auf Wiedererrichtung der vom Ausschuss gestrichenen 400 000 Mark für die Leipziger Messe wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, für das Berliner Messeamt 200 000 Mark zu bewilligen.

Der Gesetzentwurf über die Reichsbeteiligung an der Preußensache wurde in beiden Lesungen angenommen.

Morgen 4 Uhr Weiterberatung und Schlußsitzung.

Krisenstimmung im Reichstag.

Als Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen. — Trotz des neuen Vorschlags des Reichsfinanzministers.

— Berlin, 26. März.

Die Finanzverhandlungen der Regierungsparteien sind am Mittwoch endlich in das entscheidende Stadium getreten. Die Abstimmung im Reichstagspalais und die folgenden Fraktionsbesprechungen, die im Reichstag schon in früher Morgenstunden begannen, hatten die Finanz- und Steuerverhandlungen trotz aller Bemühungen keinen Schritt vorwärts gebracht. Die Sozialdemokraten billigten die Haltung ihrer Unterhändler, die Deutsche Volkspartei tat das gleiche. Beide Parteien haben zwar keine endgültigen Beschlüsse gefasst, aber erkennen lassen, daß sie an ihren Forderungen festhalten werden.

In der Parteiführerbesprechung, die bis 12.30 Uhr nachts dauerte, fand ein neuer Vorschlag des Reichsfinanzministers über eine Regelung der Arbeitslosenfrage zur Debatte. Die Parteiführer, mit Ausnahme des Vertreters der Deutschen Volkspartei, waren geneigt, einem Kompromiß zuzustimmen, daß die Beitragsleistungen auf 3 Prozent erhöht und die allgemeinen Veränderungen bei der Arbeitslosenversicherung auf den Gesetzesweg verwiesen werden.

In den neuen Fraktionsbesprechungen war diese Kompromißformel jedoch bereits wieder überholt. Interne Besprechungen hatten ergeben, daß zwischen Sozialdemokraten und Zentrum sowie Bayerischer Volkspartei eine Einigung auf der Basis möglich wäre, daß man an dem 3/4-prozentigen Beitragsfuß festhält, die unbeschränkte Darlehenspflicht des Reiches wieder herstellt und Veränderungen ausschließlich auf den Gesetzesweg verweist, so daß ein Leistungs- oder Personalabbau bei der Arbeitslosenversicherung immer erst wieder vom Reichstag beschloffen werden müßte.

Nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers legt die Regierung entscheidenden Wert darauf, daß die neuen Steuererhöhungen in den ersten Apriltagen effektiv werden. Der Reichspräsident hat bekanntlich dem Zentrum versprochen, daß das Finanzprogramm unter allen Umständen — gegebenenfalls unter Zugriffnahme aller gesetzlichen Mittel — durchgeführt werden soll.

Nach Beendigung der Fraktionsbesprechungen beräumte Reichsminister Müller eine neue Kabinettskammer an.

Dem Verlauf der entscheidenden Ministerbesprechung sah man allseits mit großer Spannung entgegen.

Einberufung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

— Berlin, 27. März. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Parteiausschuss zur Besprechung der politischen Lage für Freitag vormittag nach Berlin berufen. Außerdem wird u. a. auch die Agrarfrage behandelt werden.

Die Arbeitslosenverhandlungen wieder ergebnislos.

— Berlin, 26. März. Die Verhandlungen der sozialpolitischen Sachverständigen der fünf Regierungsparteien wurden nach etwa dreistündiger Dauer ohne Ergebnis abgebrochen.

Wie man von gutunterrichteter Seite dazu erfährt, sind die Verhandlungen im wesentlichen daran gescheitert, daß von sozialdemokratischer Seite keinerlei Zugeständnisse hinsichtlich der von der Volkspartei für notwendig erachteten Reformmaßnahmen gemacht wurden.

Heute Entscheidung?

Die Kabinettsitzung auf heute verlagert.

Die Parteiführer-Besprechung am Mittwochmittag beim Reichskanzler, an der auch sämtliche Ressortminister teilnahmen, dauerte etwa drei Stunden.

Eine Einigung wurde weder über die Arbeitslosenversicherung, noch über die Steuerentlastung erzielt. Man einigte sich jedoch darin, daß am Abend die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien nochmals versuchen sollen, eine Verständigung über die Arbeitslosenversicherung herbeizuführen.

Man ist im Kreise der Regierungsparteien der Meinung, daß im Falle einer Verständigung über dieses Problem keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr bestehen werden.

Die Parteien treten am heutigen Donnerstag um 10 Uhr beim Reichskanzler wieder zusammen. Die für Mittwochabend angelegte Kabinettsitzung ist verlagert. Sie findet am heutigen Donnerstag nach der Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler statt.

Thüringen bleibt fest.

Die Thüringer Regierung antwortet Severing.

Ablehnung der Entsendung eines Beauftragten.

— Weimar, 26. März. Das thüringische Gesamtkabineett beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Streitfall zwischen dem Reichsinnenminister und dem Lande Thüringen. Im Vordergrund der Beratungen stand der Brief vom 21. März, in dem Ministerialdirektor Menzel von Reichsinnenministerium als Beauftragter zur Mitwirkung an den Untersuchungen zwecks Klärung der Frage benannt wird, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke von Seiten des Thüringer Staatsministeriums noch vorliegen.

Wie man über den Inhalt des Schreibens, das am Mittwochabend nach Berlin abgegangen ist, zuverlässig erfährt, lehnt die Thüringer Regierung die Entsendung eines Reichskommissars ab, solange Reichsinnenminister Severing nicht Gründe angibt, die für die Untersuchungen maßgebend sein wollen. Die Regierung fordert also vorerst die Bekanntgabe des angeblich gegen die Thüringer Polizei vorliegenden Materials.

Der Erfolg der „Europa“.

Glückwünsche Hindenburgs und Vorschläge zur Anerkennung in England und Frankreich.

Die Rekordfahrt der „Europa“, des schnellsten Schiffes der Welt, hat, wie die aus dem Auslande vorliegenden Pressestimmen beweisen, überall bewundernde Anerkennung gefunden. Reichspräsident von Hindenburg sandte folgendes Telegramm an den Norddeutschen Lloyd:

„Herzlichen Glückwunsch zum Erfolge der „Europa“. Die Erbaner des schönen Schiffes wie Sie selbst können mit besonderer Befriedigung auf diese neue hervorragende Leistung deutscher Technik wie deutscher Seefahrt blicken.“

Der amerikanische Vorschlag in Berlin, Sadett, sandte folgendes Telegramm: „Bitte empfangen Sie meinen herzlichsten Glückwunsch zu der bemerkenswerten Jungferntour der „Europa“, die Herrin der Meere. Möge ihre erfolgreiche Fahrt unsere beiden Länder einander näherbringen und auch dazu dienen, die Bande zu verstärken, die uns gesellschaftlich und wirtschaftlich verbinden.“

Präsident Heinzen vom Norddeutschen Lloyd erwiderte die Glückwunschtelegramme mit einem Danktelegramm.

Die englische Presse erkennt die Leistungen der „Europa“ und vereinigen an. Das zeitliche Zusammenreffen der „Europa“-Rekordfahrt mit dem Abschluß des Gemeinschaftsvertrages zwischen Japan und Lloyd wird als ein wirtschaftliches Ereignis ersten Ranges hervorgehoben. In einem Leitartikel stellt die „Times“ fest, daß das deutsche Volk guten Grund habe, auf die Leistungen der „Europa“ und der „Europa“ stolz zu sein! Die deutsche Schifffahrt werde mit den Rekordleistungen der beiden Schiffe nun den Platz einnehmen, den die Cunardlinie solange eingenommen habe; sie werde auch geschäftlich die Früchte dafür ernten, daß sie die schnellsten und modernsten Schiffe im Atlantikdienst besitze. Die englische Linie, so schließt der Artikel der „Times“, werde eines Tages das Blaue Band des Ozeans, das jetzt zum fünften Male in deutschem Besitz sei, zurückholen. Bis dahin aber werde die englische Schifffahrt die erste sein, die dem deutschen Geschäftsrivalen, dem Kapitän und der Besatzung der beiden Schiffe herzlich Glück wünsche.

In französischen Schiffsverkehrsreisen ist man der Ansicht, daß die Amerikaner, die von jeher die

schleunigen Schiffe benutzen, in steigendem Maße an Bord der deutschen Schiffe über den Ozean fahren werden und daß die deutschen Ozeanriesen bis 1933, d. h. bis zur Fertigstellung ähnlicher Schiffe in anderen Ländern, „Made sein werden.“

Politische Rundschau.

Der Preussische Staatsrat wird am Donnerstag ein Ausschussgutachten über die Reorganisation der Berliner Verwaltung entgegennehmen.

Im Danziger Volkstag hielt ein Kommunist eine neunstündige Dauerrede, die erst morgens gegen 2 Uhr zu Ende war: Zweck der Rede war die Sabotage der neuen Steuergeetze.

Die Hindenburg nimmt an der Mainzer Fester teil. In dem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz hat Reichspräsident von Hindenburg die Teilnahme an der Befreiungsfeier der Stadt Mainz zugesagt; nur den Tag seines Besuchs hat sich der Reichspräsident noch vorbehalten.

Das Brotgesetz vom Ausfuhr in erster Lesung genehmigt. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beendete die erste Lesung des neuen Brotgesetzes und stimmte der Vorlage zu. Die zweite Lesung soll am Freitag stattfinden.

Der Reichsrat genehmigte die Einführung des Maismonopols und stimmte ferner den Agrarvorlagen in der Form der Reichstagsbeschlüsse zu.

Staatsbeihilfen für Meliorationen. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Meliorationen zugehen lassen. Hiernach dürfen zur Gewährung besonderer Beihilfen zur Durchführung von Meliorationen 7 570 000 Reichsmark und zur Gewährung von Darlehen zum gleichen Zweck 3 600 000 Reichsmark verwendet werden.

Entscheidung dreier Landräte. Das preussische Staatsministerium beschloß, wie der „Vorwärts“ erfährt, die rechtsstehenden Landräte Klein-Beer, Hoberg-Ballinghofen und Freiherr von Hammerstein-Seejen, die zugleich Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Hannover sind, aus politischen Gründen ihrer Ämter zu entheben.

Rundschau im Auslande.

Die französischen Sozialisten und die linksrepublikaner haben sich entschlossen, für die Younggeetze zu stimmen.

Der russische Botschafter in Paris, Domogajewski, hatte eine Unterredung mit Briand. Man nimmt an, daß die Kautepom-Affäre zur Debatte stand.

In Transvaal ist im Verlaufe des Jahres 1929 Gold im Werte von 880 Millionen Mark gewonnen worden.

Washington verabschiedet das Reparationsabkommen.

Der Hauptausschuß des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten verabschiedete das deutsch-amerikanische Sonderabkommen über die Reparationen.

Chinesische Kommunisten besetzen eine Stadt.

In der chinesischen Provinz Kiangsi besetzten Kommunisten die Stadt Nanchang. Der Oberbürgermeister und mehrere hundert Kaufleute wurden verhaftet; ihr Eigentum wurde beschlagnahmt. Die Zentralregierung hat zur Wiederherstellung der Ordnung Truppen entsandt.

Jan Pilsudski soll das polnische Kabinett bilden.

Warschau, 27. März. Im Sejm ist die amtliche Mitteilung eingetroffen, daß der Staatspräsident den Bruder des Marschalls Pilsudski, den Abgeordneten Jan Pilsudski, mit der Kabinettsbildung beauftragt habe.

Mchn.-Glabdach—Rheydt—Odenkirchen

Am Samstag, den 29. März, abends 8 Uhr spricht im Gemeindehaus Odenkirchen, Schulstraße, unser Schriftleiter, Herr Dr. Huttel, über das Thema:

„Ein Blick hinter die Kulissen der Presse.“

Zu diesem Vortrag sind ganz besonders die Aufwärtsleser von Mchn.-Glabdach—Rheydt—Odenkirchen und Umgebung herzlich eingeladen.

Die Frage der Berufswahl

Rundfrage an Abiturienten. — 73 Antworten.

Die Abiturientenfragen sind vorbei. Die Frage, die in den kommenden Wochen Eltern und Jugend beherrscht, ist: Was soll mein Junge werden, oder richtiger noch: Was will mein Junge werden. In den meisten Fällen wollen Eltern mit ihren Kindern hoch hinaus. Daher die Ueberfüllung der akademischen Berufe. Rundfragen beweisen, daß die Eltern aus falschem Ehrgeiz oft ohne Rücksicht auf die Fähigkeiten und die Aussichten ihrer Kinder für die Zukunft einen Beruf für die Kinder bestimmen, den diese dann eben zu ergreifen haben, auch wenn sie sich todschlüssig in dem Berufe fühlen. Man hört dabei oft die Ansicht, daß die Kinder von so romantischen Lebensauffassungen erfüllt seien, daß man ihnen keinesfalls die Berufswahl überlassen dürfe.

Wir machten deshalb in Schulen der verschiedensten Art, in Groß-, Mittel- und Kleinstädten Rundfragen, um festzustellen, was die ins Leben tretenden Schüler werden wollen und aus welchem Grunde sie diesen oder jenen Beruf zu ergreifen beabsichtigen. Die Rundfragen ergaben, daß es fast ausschließlich wirtschaftliche und Vernunftgründe waren, die die Jugendlichen zu ihrer Berufswahl bestimmten.

Eine große Rolle spielt der Beruf des Vaters. Während früher Söhne von Ärzten oder Rechtsanwältten beispielsweise nur dann den Beruf des Vaters ergriffen und seine Praxis übernahmen, wenn sie besondere Neigung für diesen Beruf verspürten, ist es heute auffällig, daß zahlreiche Jugendliche den Beruf des Vaters ergreifen wollen, weil ihnen die Uebernahme der Praxis und des Geschäftes eine gesicherte Zukunft verspricht, die sie in anderen Berufen nicht erwarten können, oder weil der Vater durch beste Beziehungen in der Lage ist, seinen Sohn in seinem Berufe unterzubringen.

Es sind also reine Nützlichkeitserwägungen, die jede Neigung in vielen Fällen ausschließen, die die Zukunft der Jugend bestimmen. Man kann einerseits der Jugend nur beibringen, wenn sie unter Zurückstellung eigener Wünsche sich so den Verhältnissen anpassen bestrebt ist. Es wird dadurch wenigstens um einiges das intellektuelle Proletariat, das die wirtschaftlichen Verhältnisse heranzüchtet, vermindert. Andererseits wird — sofern sich die Bestimmung des Berufes durch Nützlichkeitserwägungen zur ständigen Übung entwickelt — dadurch das Niveau wichtiger akademischer Berufe, die eine gewisse Berufung voraussetzen, bedenklich gesenkt. Wie sollen Menschen ganz besonders wissenschaftlich wichtige Leistungen vollbringen, die ihren Beruf lediglich als Proterverb betrachten?

Rundfrage an die Abiturienten einer Berliner Oberrealschule im Arbeiterwohnviertel: Es haben 16 Abiturienten das Examen bestanden. Von diesen 16 wollen allein fünf Volksschullehrer werden, um die kostenlose Ausbildung auf der pädagogischen Akademie zu genießen, zumal die Eltern zur Bestreitung von Studienkosten nicht in der Lage sind. Der Sohn eines Reichwehramtlers wird Offizier (Beruf des Va-

ters), der Sohn eines Kriminalkommissars Schupooffizier. Vier Abiturienten wollen — aus Neigung — die Technische Hochschule besuchen und Ingenieur werden. Die übrigen wählten sich den Beruf des Kaufmanns und das Universitätsstudium.

Von den 32 Schülern einer Realschule gehen 19 auf andere Schulen über, um das Abitur zu machen; von den übrigen werden vier Kaufmannslehrlinge, zwei gehen zur Bank, andere wieder werden Buchdrucker, Koch und ein anderer Schlosser, um später Waffenmeister zu werden.

Die Rundfrage an 22 Abiturienten einer Realschule einer Mittelstadt hatte u. a. folgendes Ergebnis: Je vier wollten evangelische Pfarrer und Kaufleute werden, drei Ärzte — zwei davon, um die väterliche Praxis zu übernehmen — drei, Söhne von Beamten, wollen Jura studieren um die höhere Verwaltungslaufbahn einzuschlagen, und zwei andere Beamtensohne, weil die Ausbildung kostenlos ist, Volksschullehrer.

Vielfältig ist das Bild von der Oberprima des humanistischen Gymnasiums einer Kleinstadt: Von 18 Abiturienten wollen drei Jura studieren, einer, um als Rechtsanwalt die väterliche Praxis zu übernehmen, einer, um richterlicher Beamter zu werden, einer, um in die Verwaltung zu gehen und Stadtrat oder Bürgermeister zu werden. Zwei werden Ärzte — beide, um die väterliche Praxis zu übernehmen — einer wird Bienenbaumeister, um an die Stelle seines Vaters zu treten und dessen Firma zu übernehmen, einer wird aus Neigung Journalist, einer Exportkaufmann mit Sprachen, einer Landwirt, um ein Gut von seinem Vater zu übernehmen, ein anderer aus Neigung Bibliothekar, weil er gleichzeitig gute Aussichten in diesem Berufe zu haben glaubt, einer wird Ingenieur, will dann Flieger werden, einer wird Turn- und Sportlehrer, weil er dann eine Zukunft zu haben meint, vier werden Studienräte mit Mathematik und neueren Sprachen, von zweien ist der Vater Lehrer, zwei werden Geistliche.

Insgesamt gingen 73 Antworten auf die Rundfragen ein. Von diesen 73 Jugendlichen ergreifen 27 ihren Beruf aus Neigung, für die übrigen sind Nützlichkeitsgründe ausschlaggebend. Der Beruf des Vaters bzw. eines Verwandten war dabei aus materiellen Gründen bestimmend für 40 Jugendliche! Alles in allem hat die Rundfrage also bewiesen, in wie starkem Maße die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse von unserer Jugend Opfer fordern. Sie zeigt aber auch, in wie starkem Maße akademischen Berufen der Vorzug gegenüber früher gegeben wird, da sich unter 56 Abiturienten nicht weniger als 42 befinden, die einen akademischen Beruf ergreifen wollen.

Alfred Kading.

Bethel

Bethelschule. Handarbeitsausstellung. Samstag von 3 bis 6 (15 bis 18) Uhr; Sonntag von 10 bis 13 und 14 bis 18 Uhr.

Bei den Passionsgottesdiensten macht es sich immer wieder störend bemerkbar, daß die „Geschichte des Leidens und Sterbens unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi“ in den alten und neuen Gesangbüchern nicht übereinstimmt. Obwohl vor drei Jahren ein Abdruck aus dem neuen Gesangbuch vorgenommen und dieser verteilt wurde, fehlen doch noch eine Anzahl. Die Hefte sind jetzt wieder vorrätig und können durch die Hausketten von dem kirchlichen Gemeindeamt, Königsweg 3, bezogen werden.

Schreibleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. G. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Paul Steinmeier
Bertha Steinmeier
geb. Köster
Vermählte

Bethel, den 27. März 1930

Gemüse-, Feld- u. Blumenamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumkulturliefer: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen.
Nadelhölzer. — Blütenkulturen usw.

Gärtnerei und Samenhandlung
der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ansüßliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Alleinmädchen

(Einfamilienhaus, 2 Pers.) zum 1. Mai gesucht. Zeugn. erwünscht.
Frau Prof. Dr. Schäperclaus,
Hagen (Westf.), Rembergstr. 82

In einem Anstaltsaufhause kann noch ein

junges Mädchen

eingestellt werden zur Erlernung der Küche ohne gegenseitige Vergütung. Off. an die Geschäftsstelle dieses Blattes unt. A 6364.

Rediger evangelischer

Krankenwärter

zum 15. April gesucht. Angebote mit Empfehlungen und Gehaltsansprüchen an Paul Gerhardt-Stift, Wittenberg, Bez. Halle.

Pastorentochter, 57 J., möchte

einzelnen Herrn oder Dame den

Haushalt

führen oder leichtere Dauerpflege übernehmen. Haushalt, Näh-, Garten- und Geflügelkenntnis vorhanden. Freie Station und Taschengeld erwünscht.

Sante, Niesky O.-L.

Zinzendorfpl. 8.

Mädchen

(am liebsten Schneidein) für eine nette kleine Nähstube gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“ unter A 6363.

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage

Pastor Felckeborn. Prosp. freil.

Zimmer

gut möbliert, heizbar, mit Kochgelegenheit, separat, preiswert zu vermieten. Bastrowstr. 161

Der schönste und modernste

Blumenschmuck

für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unentgeltlich meine echten oberbayrischen

Gebirgs-Hängeneiken

Versand überallhin. Illustr. Preisliste gratis und franko.

A. Gnadt, Versandgärtnerei

Trudering 461 (Oberb.)

Mein Gesundheitsbrot

enthält alle Bestandteile des Roggentornes. Ich stelle dieses Brot aus Vollkornmehl her, das die Kleber- und Klebstoffe in einer für die Verdauung besonders geeigneten, leicht assimilierbaren Form enthält. Gesundheitsbrot ist sehr viel leichter verdaulich als Schrotbrot aus nur geschrotetem Getreide hergestellt.

Gesundheitsbrot, Pumpernickel, Romsbrot, Grahambrot und Zwieback versende ich überallhin. Die Versandkosten sind ganz gering.

Bäckerei Wilt. Bergmann, Bielefeld

Telefon. 5270 / gegr. 1893 / Gr. Kurfürstenstr. 11

Stellengesuche und Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.

Fri-Ho-Di

1876 1926

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Die meistgekaupte Marke

ihre Preislage ist Fri-Ho-Di. Das ist der beste Beweis für ihre vielen Vorzüge.

Fri-Ho-Di kostet zwar ein paar Pfennige mehr als gewöhnliche Margarine,

aber sie wird auch mit dickem, süßem Rahm zubereitet.

Beim Einkauf von 1 Pfund Fri-Ho-Di erhalten Sie kostenlos das interessante Unterhaltungs-Spiel

„Die Mondrakete“, eine abenteuerliche Fahrt von der Erde zum Mond.

1/2 Pfd. 60 Pfg.

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di

Fri-Ho-Di